das rote blatt
für den besseren Durchblick
Ausgabe 1/2010 Mai 2010
zeitung der deutschen kommunistischen partei - darmstadt/dieburg/bergstrasse

FDP zeigt *Spätrömische Dekadenz-Aktion* der GALIDA als „Freiheitsberaubung“ an

Die FDP Darmstadt hat ihre Ankündigung, Mitglieder der Gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative Darmstadt (GALIDA) strafrechtlich verfolgen zu lassen, in die Tat umgesetzt. Mehrere Aktivisten hatten für den 1. April Vorladungen zur Kriminalpolizei erhalten.
Trotz des signifikanten Datums scheint dies kein Scherz gewesen zu sein.

Salve Guido! Hartz-IV Empfänger feiern dekadente Orgie in der FDP-Zentrale in Darmstadt. Foto: GALIDA

GALIDA-Aktive hatten am 3. März 2010 als Römer verkleidet in der FDP-Parteigeschäftsstelle in Darmstadt ein symbolisches „römisches Gelage“ veranstaltet, um damit gegen die Äußerungen des FDP-Parteivorsitzenden Guido Westerwelle, sozialstaatliche Leistungen wie Hartz IV erinnerten ihn an „spätrömische Dekadenz“, zu protestieren.
Die Aktion selbst, die in Begleitung zahlreicher regionaler und überregionaler Medienvertreter durchgeführt wurde, verlief ohne körperliche Auseinandersetzungen oder Sachbeschädigungen und dauerte etwa 10 Minuten. Die FDP wertet diese Aktion nun aber als „Freiheitsberaubung“ (§ 239 StGB) und natürlich „Hausfriedensbruch“ (§ 123 StGB) und hat dies so zur Anzeige gebracht.
Die in der Berichterstattung nach der Aktion frech behauptete angebliche „Körperverletzung“ (u.a. Darmstädter Echo vom 4.03.) von GALIDA-Aktiven wurde hingegen nicht zur Anzeige gebracht. Wahrscheinlich hat hier die in der FDP stark vertretene Gruppe der Rechtsanwälte dringend davon abgeraten, mit Lügenkonstrukten vor Gericht zu ziehen.
Fakt ist nämlich, dass die Aktion nicht nur vom Hessischen Rundfunk und RTL Hessen, sondern auch von einem eigenen GALIDA-Filmteam von Beginn bis zum Ende vollständig dokumentiert wurde. Da es zu keinerlei Berührung des einzig anwesenden FDP-Geschäftsführers kam, entlarvt sich der über die Medien gestreute Vorwurf, es hätte Tätlichkeiten gegeben, ebenso wie der neu erfundene Vorwurf der „Freiheitsberaubung“, als was es in Wahrheit ist: Eine konstruierte Lüge zur Diskreditierung der Arbeitslosenaktivisten.

weiter S. 2

Inhalt

Aktuelles

Sozialstunden für Antifaschisten 2
Raus aus Afghanistan! 3
Hartz IV und die Folgen 4
Betriebsratswahlen 2010 5
Atomausstieg durchsetzen 6
Buchbesprechung "Zeitzeugnisse" 7
Schuldenfalle in Darmstadt – politisch gewollt! 8
Ein Scherflein für die Banken 10
Roter Bildungsurlaub 11

Rubriken

Impressum 3
Termine/Vorankündigungen 12

Sozialstunden für Antifaschisten

Rechter TV-Richter verurteilt linken Demonstranten nach dem Blockieren einer Nazi-Demo

Friedberg. Der 18-jährige Antifaschist und Gewerkschafter Nico P., der sich am 7.November vergangenen Jahres in Friedberg mit rund 2000 anderen Nazigegnern an friedlichen Blockaden gegen einen Naziaufmarsch beteiligt hatte, wurde heute vom Amtsgericht Friedberg zu 20 Sozialstunden verurteilt. Der Vorwurf lautete Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Nico war von zwei Beamten gewaltsam aus der Blockade entfernt worden. Das Urteil stützte sich ausschließlich auf die Aussagen der Polizisten, die angaben, der Beschuldigte hätte sich dagegen zur Wehr gesetzt.

Der Richter argumentierte, die Beamten wären gezwungen gewesen, sich gegen die linken Demonstranten zur Wehr zu setz n und deshalb die Blockade aufzulösen.

von der SDAJ Hessen erklärt dazu: „ ffenbar haben Polizei und Justiz ein größeres Problem mit antifaschistischem Engagement als mit der faschistischen Hetze der NPD!“

Nach einer kurzen Verhandlung wurden sich Richter, Staatsanwältin und Jugendgerichtshilfe schnell einig: Nico P. muss 20 Sozialstunden ableisten. „Mit diesem Urteil wird einmal mehr antifaschistisches Engagement kriminalisiert. Der Aufmarsch der NPD in Friedberg wurde von der Polizei geschützt. Antifaschistische Demonstranten sind zuerst von der Polizei verprügelt worden, jetzt ist einer von ihnen auch noch verurteilt worden“, so .

Als der V rteidiger, Recht anwalt Michae Pietsch, den Richter nach dem rund für dieses Urteil fragte, erhielt er nur zur Antwo t: „ ehret den Anfängen!“ Bei dem Richter Ulri h Wetzel kan eine solche Kriminalisierung von Antifaschisten kaum verwundern: Er trat nicht nur über mehrere Jahre in der RTL-Serie „Das Strafgericht“ auf, er ist auch seit über 30 Jahren Mitglied der schlagenden Verbindung „Landsmannschaft Teutonia Würzburg“. Diese Verbindung vertritt bis heute revanchistische Positionen und erkennt die heutigen Grenzen der BRD nicht an. Darüber hinaus organisierte sie Veranstaltungen mit dem rechtskonservativen Journalisten Dr. Udo Ulfkotte, der in gängigen Nazi-Blättern veröffentlicht.

weiter S. 3

Fortsetzung: FDP zeigt Spätrömische Dekadenz-Aktion der GALIDA als "Freiheitsberaubung" an

Gegen zwei weitere Aktivisten der GALIDA wurde fünf Wochen nach der Aktion am 3. März Strafanzeige erstattet. Hausfriedensbruch ist ein Antragsdelikt, ohne weitere Anzeigen der FDP würde also nicht ermittelt werden.

Was noch interessant ist: Einem netten Informanten zur Folge, ist die Anzeige wegen “Freiheitsberaubung”, die wie schon beschrieben eine Farce ist, reine Prozesstaktik: Durch diesen Vorwurf wird das Verfahren automatisch und ohne Umweg vor dem Landgericht Darmstadt geführt. Dort herrscht bekanntermaßen Anwaltszwang, eine Selbstverteidigung wie vor dem Amtsgericht ist nicht möglich. Das soll, wenn man dem angeblichen FDP-Insider, der dies der GALIDA mitgeteilt hat, Glauben schenken soll, die Kosten massiv in die Höhe treiben und die GALIDA finanziell schädigen.

Für die FDP besteht dabei kein Risiko. Wenn der Vorwurf der “Freiheitsberaubung” fallen gelassen wird, bleiben bei den GALIDA-Aktivisten trotzdem noch die Anwaltskosten hängen - wenn es keinen absoluten Freispruch geben sollte. Aber der ist bei politischen Prozessen ziemlich selten.

Die unabhängige Darmstädter Rechtshilfeorganisation Bunte Hilfe Darmstadt hat die finanzielle Unterstützung der Rechtsverteidigungskosten zugesagt und ruft hierfür zu Spenden auf.

Bitte unterstützt die GALIDA mit einer Spende an:

Bunte Hilfe Darmstadt
Konto:11 00 33 54
Sparkasse Darmstadt
BLZ: 508 501 50
Stichwort: GALIDA

GALIDA-Homepage:
http://galida.wordpress.com/

GALIDA

[frank]

*** dkp - die kommunisten *** dkp - die kommunisten *** dkp - die kommunisten ***

Fortsetzung: Sozialstunden für Antifaschisten

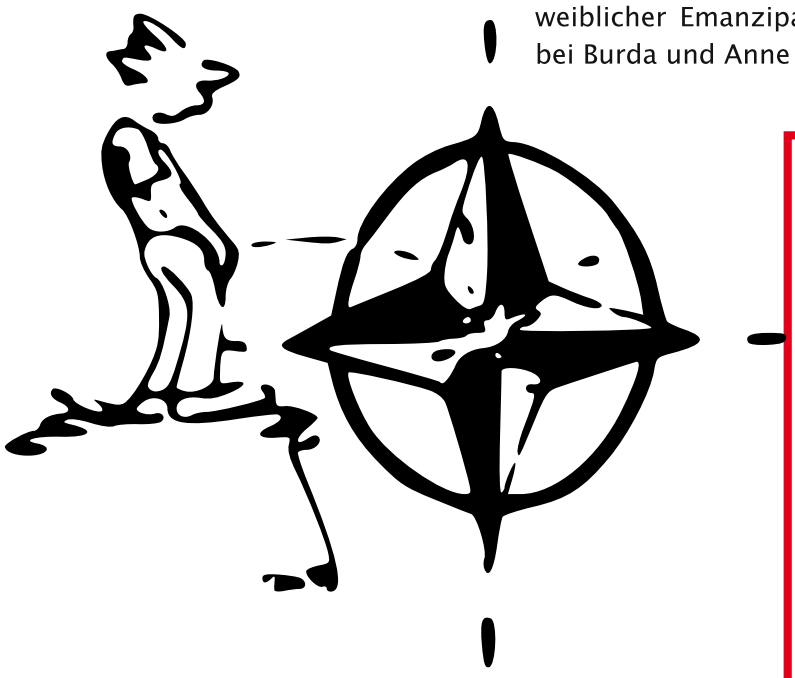
In einer Verhandlung gegen Antifaschisten wird dieser Richter dann auch zum Ankläger: Die Staatsanwältin meldete sich während der ganzen Verhandlung nicht ein einziges Mal zu Wort.
Nico P. jedenfalls bereut sein „Verbrechen“ nicht: „20 Sozialstunden sind schon ärgerlich. Aber ich werde mich von solchen Repressionen auf keinen Fall davon abhalten lassen, auch beim nächsten Naziaufmarsch wieder zu blockieren!“.

Die SDAJ Hessen fordert:

Grundgesetz umsetzen – Naziaufmärsche und Naziorganisationen verbieten!

Schluss mit Repressionen gegen AntifaschistInnen!

SDAJ



Von der Leber geschrieben:

Raus aus Afghanistan!

43 tote deutsche Soldaten (Stand: 16.04.2010). Deutschland trauert um seine toten Eroberer. Kriegsminister und Eroberungskanzlerin recken die betroffenen Visagen in die Kameras. Die ungezählten unschuldigen Männer, Frauen und Kinder, die von den Eroberern massakriert oder verstümmelt wurden, interessieren die deutsche Wertegemeinschaft einen Feuchten.
Gleichgeschaltete Medienlandschaft und herrschenden Kriegsverbrecher diskutieren darüber, wie die Mordbrenner im Auftrag westlichen Demokratie- und Werteexports noch besser ausgerüstet werden können, um die unterdrückten afghanischen Frauen mit wenigen Schüssen nicht nur von der Burka, sondern auch den mit rückständigen Ideen vorbelasteten Köpfen zu befreien. Alice Schwarzer, die Dauerikone bürgerlichen Verständnisses von weiblicher Emanzipation, klatscht bei Burda und Anne Will Beifall.

Wie lange soll dieses billige Schmierentheater noch andauern? Es werden Menschenleben und Milliarden Euro 'verbrannt', um die geopolitischen Interessen des europäischen und us-amerikanischen Großkapitals zu sichern. Gleichzeitig werden Hartz-IV Empfänger als Sozialschmarotzer beschimpft, Leistungen gekürzt, die Bildung und Infrastruktur kaputt-gespart, Gebühren erhöht, Gemeinden und Kommunen in den Bankrott getrieben, und und und ... Die Liste der sozialen, bildungs- und kommunalpolitischen Untaten liese sich beliebig fortsetzen. Für's Morden aber haben wir Geld übrig.

Es kann nur eine Losung geben:

Truppen raus aus Afghanistan! Jetzt!
Schluss mit den deutschen Raubzügen!

[bernd]

Impressum

DKP Darmstadt * Dieburg * Bergstraße
LinksTreff Georg Fröba
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt

Tel.: +49 6151 788407
Fax: +49 6151 788406
eMail: info@dkp-darmstadt.de
URL: http://www.dkp-darmstadt.de

Spendenkonto:
107 562 62 bei der SEB Bank Offenbach (BLZ: 505 101 11)

HARTZ-IV muss weg!

Hartz-IV, Bundesverfassungsgericht und die Folgen

Es rettet uns kein höh'res Wesen ...

Entgegen der zahlreichen Falschmeldungen aus Medien, Wohlfahrtsverbänden und Parteien hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 9. Februar 2010 die Höhe der Hartz IV-Regelsätze nicht für verfassungswidrig erklärt.

Es hat im Gegenteil unmissverständlich festgestellt: „Da nicht festgestellt werden kann, dass die gesetzlich festgesetzten (Hartz IV-)Regelleistungsbeträge evident unzureichend sind, ist der Gesetzgeber nicht unmittelbar von Verfassung wegen verpflichtet, höhere Leistungen festzusetzen"..

Die Kritik an Hartz IV wird von den flexiblen Richtern des BVerfG sehr wohl registriert. Sie kann aber nichts an ihrer Grundauffassung ändern, dass die Höhe des Hartz IV-Regelsatzes in Geld, egal, wie willkürlich er festgesetzt wurde, trotzdem mit dem Grundgesetz übereinstimmt. Hier macht sich bemerkbar, dass die ProfessorInnen, die von den Parteien des Bundestags und Bundesrats in das Bundesverfassungsgericht gewählt wurden, sich durchaus ihrer Verantwortung gegenüber ihren Wählern, den Hartz IV-Parteien, bewusst sind. Sie nehmen Kritik auf und stellen gleichzeitig fest, dass aber trotzdem die Hartz IV-Leistungen nicht zu niedrig sind.

Alles ist möglich, man muss es nur besser begründen

Als verfassungswidrig wird nur das Verfahren zur Festsetzung der Hartz IV-Regelsätze betrachtet, nicht die Höhe der Regelsätze selbst.. Wenn die Höhe der Hartz IV-Regelsätze dem Hohen Gericht nach verfassungsgemäß ist, muss man demnach also nur die Höhe der Regelsätze „nachvollziehbar begründen", um der Menschenwürde und dem Sozialstaatsprinzip genüge zu tun.

Man muss schon Professor sein, um das Interesse an der Aufrechterhaltung des unhaltbaren bestehenden Zustandes von Hartz IV so klug zu begründen, dass möglichst viele Menschen dennoch meinen, es würde sich etwas ganz Bedeutsames ändern. Hätten sie diese Fähigkeit nicht, wären sie von den Parteien, die Hartz IV beschlossen haben, wohl auch nicht für diese Funktion vorgeschlagen und gewählt worden.

Weil die Transparenz der Regelsatzbemessung verletzt worden sei, sei das Verfahren zur Festsetzung des Hartz IV-Eckregelsatzes verfassungswidrig. Die schallende Ohrfeige, die viele gehört haben wollen, entpuppt sich als sanftes Streicheln mit furchterregendem juristischem Theaterdonner, um ein vertrauensseliges Publikum zu begeistern. Die Aufgabe, den Hartz IV-Eckregelsatz in dieser Hinsicht wieder mit der Menschenwürde in Übereinstimmung zu bringen, wird die schwarz-gelbe Bundesregierung mit Bravour lösen.

Hartz IV-Regelsatzsenkungen sind verfassungsgemäß

Das Existenzminimum hängt in der BRD nicht von einer eigenständigen Festsetzung des Bedarfs ab, sondern davon, wie viel die untersten Verbrauchergruppen von ihrem Einkommen ausgeben können. Wenn also die Ausgaben für Nahrungsmittel und nicht-alkoholische Getränke 3,94 € pro Tag sind, ist das verfassungsgemäß, weil das Verfahren verfassungsgemäß ist.

weiter S. 5

Betriebsratswahlen 2010

VERTRAUEN IST GUT
BETRIEBSRAT IST BESSER

Vom 1. März bis 31. Mai 2010 finden turnusmäßig die Wahlen zu Betriebsräten statt. Beim genauen Termin kann es allerdings Abweichungen geben. Auch gibt es längst nicht in jedem Betrieb einen Betriebsrat.

Oft versuchen Unternehmen, die Wahl eines Betriebsrates zu verhindern oder wenigstens einen „genehmen“ Betriebsrat durchzusetzen.

Dabei stellen Betriebsräte das zentrale Instrument der Interessenvertretung für Beschäftigte dar. Sie haben Mitbestimmungsrechte bei (Neu-)Einstellungen, bei der Gestaltung der betrieblichen Arbeitszeitregelungen und bei vielen anderen Dingen, die auf die konkreten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten Einfluss haben. Und sie sind – dies ist ein weiterer wesentlicher Punkt – die Schnittstelle zur im Betrieb vertretenen Gewerkschaft.

Bei den Betriebsratswahlen sind zwei Dinge wichtig:

Zum Einen benötigen Betriebsräte ein deutliches Mandat der Beschäftigten – also eine hohe Wahlbeteiligung! Nur wenn die Wahlbeteiligung deutlich macht, dass der Betriebsrat von der Mehrheit der Beschäftigten getragen wird, kann dieser mit der notwendigen Rückendeckung in Verhandlungen und Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber gehen.

Daneben ist es wichtig, die Betriebsräte/Betriebsratslisten zu unterstützen, die für eine konsequente Vertretung der Interessen der Beschäftigten eintreten. Dies sind in der Regel die Listen der DGB-Gewerkschaften.

Dem gegenüber stecken hinter sogenannten „unabhängigen“ Listen, wie beispielsweise der „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger“ (AUB) bei Siemens, oder den Listen der christlichen Gewerkschaften und des DPVKOM bei der Deutschen Telekom, in aller Regel Organisationen, die teilweise mit direkter Unterstützung der Unternehmensseite gegen die Listen der DGB-Gewerkschaften kandidieren, um eine effektive und an den Beschäftigten orientierte Interessenvertretung zu unterlaufen. Diese Spalterorganisationen tauchen oft auch in Zusammenhang mit Dumping-Tarifverträgen auf. Beispiele hierfür finden sich bei den Postzustellern PIN AG und TNT N.V. und im Bereich der Call-Center, wo die sogenannten „christlichen“ Gewerkschaften den biblischen Auftrag zu einer bescheidenen Lebensweise gleich in Dumping-Tarifverträgen festgeschrieben haben.

Als DKP rufen wir dazu auf, an den Betriebsratswahlen 2010 teilzunehmen und die Listen der DGB-Gewerkschaften zu wählen. Dies ist die Voraussetzung für eine an den Beschäftigten orientierte Interessenvertretung im Betrieb!

[bernd]

Fortsetzung: Hartz-IV, Bundesverfassungsgericht und die Folgen

Wenn die Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel nur knapp 40 Cent pro Tag betragen, ist das verfassungsgemäß. Das soziokulturelle Existenzminimum von Ausgaben der untersten Verbrauchergruppen abhängig zu machen, bedeutet, dass sinkende Einkommen zu sinkenden Ausgaben und von daher zu sinkenden Hartz IV-Regelsätzen führen müssen. Die Anerkennung des heutigen Verfahrens zur Bemessung des Hartz IV-Eckregelsatzes schließt also die Zustimmung zu daraus folgenden Senkungen des Eckregelsatzes ein.

Es rettet uns kein höh’res Wesen

Die hauptsächliche Wirkung des Urteils besteht darin, der Kritik an Hartz IV das Wasser abzugraben, ohne dass es etwas kostet. Angesichts der eigenen Schwäche erträumten sich viele, dass die acht von den Hartz-IV-Parteien bestellten Professoren des BverfG es für sie richten würden.

Die allseits geschürten Hoffnungen auf das Bundesverfassungsgericht erschweren das selbstständige Auftreten der LohnarbeiterInnen, seien sie erwerbslos oder beschäftigt. Sie bekommen hier nicht das Recht, das ihnen nützen würde. Deshalb sind jetzt nicht Hoffnungen auf die Umsetzung dieses Hartz IV-Verteidigungsurteils angesagt, sondern die verstärkte Kampagne für die eigenen Forderungen.

Für

- **10 Euro gesetzlichen Mindestlohn**
- **500,- Euro als Hartz IV-Regelsatz**
- **Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich**

[frank]

Atomausstieg durchsetzen!

Massenaktionen der Anti-AKW-Bewegung für den Atomausstieg.

"Längstes Transparent" am 14. Februar 2010 gegenüber von Biblis in Ibersheim

Seit Ende März 2010 ist Block A des Kernkraftwerkes Biblis wieder am Netz. Das hessische Umweltministerium hatte das Anfahren des seit Februar 2009 stillliegenden Kraftwerksblocks genehmigt. Biblis ist der älteste noch im Betrieb befindliche Atomreaktor Deutschlands. Der Block A hätte nach dem Atomausstiegsgesetz Ende 2009 vom Netz gehen sollen. Durch verschiedene technische und juristische Tricksereien war es dem Betreiber RWE gelungen, den Schrottreaktor über die Bundestagswahlen 2009 und damit in die Ära der schwarz-gelben Atomlobby-Koalition zu retten.
Dabei weist das AKW eklatante Sicherheitsmängel auf und die „Volksvertreter" in Berlin und Wiesbaden spielen sehenden Auges mit Gesundheit und Leben der Menschen, die im Ballungsraum Rhein-Main leben.
Hier nur einige der „Schwachstellen":

* das Fehlen eines unabhängigen Notstandssystems.
* ein 10-fach höheres Sicherheitsrisiko als neuere Reaktoren.
* es existiert kein ausreichender Schutz gegen Flugzeugabstürze.
* es existiert kein ausreichender Schutz gegen Erdbeben - obwohl der Rheingraben als Risiko-Zone gilt.
* Biblis-A ist das einzige AKW in Deutschland, das nicht die Voraussetzungen erfüllt, um den bei einer Kernschmelze entstehenden Wasserstoff abzubauen.
* Biblis A gehört zu den Druckwasserreaktoren der 2. Generation. Diese weisen bauartbedingte Sicherheitsmängel auf.

Dass unser brutalastmöglicher Aufklärer und Freund des Dalai Lama und anderer zwielichtiger Gestalten, Roland Koch, trotz der offensichtlichen Gefahren, die von diesem Schrottreaktor ausgehen, einen Weiterbetrieb zulässt, hat nur einen Grund: das AKW ist abgeschrieben und jede Laufzeitverlängerung spült Milliarden in die Kassen von RWE.
Mit verschiedenen Aktionen hat die Anti-Atom Bewegung gegen diese Politik der Energie-Monopole und deren gemieteter Parlamentarier protestiert.
So finden an jedem 3. Sonntag im Monat die Anti-AKW Spaziergänge statt, zu denen sich die TeilnehmerInnen jeweils um 14.oo Uhr am Bahnhof in Biblis treffen.
Am 14. März 2010 gab es eine Presseaktion am Rheinufer von Ibersheim, das dem AKW gegenüber auf der linken Rheinseite liegt. Das von „ausgestrahlt" zur Verfügung gestellte „längste Transparent der Bundesrepublik" wurde von etwa 200 AKW-Gegnern aufgestellt. Im Hintergrund waren Reaktorkuppeln und Kühltürme des AKWs zu sehen.
Am 24. April schließlich die zentrale Aktion in Biblis gegen das Verlängern der Reaktorlaufzeiten und für das sofortige Abschalten aller Atomkraftwerke mit einer Menschenkette, die den gesamten Kraftwerksbereich umzingelt.

Die DKP ruft auf, sich massenhaft an den Aktionen gegen den Atomausstieg zu beteiligen.
Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke!

BIBLIS
KEINE LAUFZEIT-VERLÄNGERUNG

[bernd]

Buchbesprechung:
Philipp Benz
Zeitzeugnisse

Philipp Benz ist der Letzte der noch lebenden ehemaligen Häftlinge des KZ Osthofen, welches auch durch Anna Seghers' Roman „Das siebte Kreuz“ bekannt wurde. Zum Anlass seines 98. Geburtstages am 13. März 2010 erschien das Buch „Zeitzeugnisse“, eine Zusammenfassung von Beiträgen, die er in den Jahren 1992 bis 1994 für die „Zeitung für Darmstadt“ (erstmals als Broschüre veröffentlicht) und in den nachfolgenden Jahren vor allem für die Redaktion „Gegen das Vergessen“ (Radio Darmstadt) verfasst hat.

Philipp Benz berichtet von seiner ersten Verhaftung kurz nach der Machtergreifung der Nazis, vom Leben im Konzentrationslager Osthofen, von Verfolgung, Misshandlung und Ermordung politischer Gegner durch die Nazis. Es sind einerseits persönliche Erlebnisse und Schilderungen, andererseits mit Darmstädter Geschichte und Personen (Täter und Opfer) verbundene. Er macht klar, dass die Nazis eben nicht „von einem anderen Stern“ kamen und dass sehr viele die Nazis unterstützt haben – bei der Reichstagswahl am 05.03.1933 erhielt die NSDAP in Darmstadt 50% der Stimmen gegenüber 45% im Reichsdurchschnitt.

Die persönlich gefärbten Erlebnisberichte werden ergänzt durch die Darstellung der juristischen Vorbereitung und Organisation des Naziterrors, z.B. die „Boxheimer Dokumente“ und die „Wannsee-Konferenz“. Philipp Benz zeigt auf, dass Wehrmachts-Deserteure in der BRD bis zum Jahr 2002 als Verbrecher galten – dass hingegen viele Naziverbrechen bis heute ungesühnt sind, die meisten Täter in der BRD nach 1945 freigesprochen oder nach kurzer Haftzeit freigelassen wurden. Der ehemalige Darmstädter Bürgermeister Ludwig Metzger (SPD) betätigte sich als Bremser bei der Entnazifizierung, aber eifrig bei der Entlassung von Kommunisten aus der Verwaltung Darmstadts.

In weiteren Kapiteln berichtet der Autor über Georg Fröba, Wilhelm Hammann, Renate Riemeck und Cäcilie Schäfer. Diese tapferen Menschen aus unserer Region leisteten Widerstand gegen die Nazis und auch später gegen die Remilitarisierung der BRD. Philipp Benz nahm 1951 auch selbst an einer Aktion gegen den Korea-Krieg teil – in diesem Kapitel spielt ebenfalls ein Mitglied der Darmstädter SPD eine schändliche Rolle.

Philipp Benz
Quelle: http://www.uah.de/index.htm

Eingang des Konzentrationslagers Osthofen in Rheinland-Pfalz

Im Gedenken an Christine (Dina) Benz, die 2005 verstorbene Frau und Lebensgefährtin von Philipp Benz, ist das 1997 mit ihr geführte und im gleichen Jahr in der Broschüre "Als wäre es gestern gewesen" publizierte Gespräch mit aufgenommen.

Das Buch „Zeitzeugnisse“ wurde herausgegeben von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (BdA), Kreisvereinigung Starkenburg. Das Buch ist zum Preis von 5,– Euro beim Kreisvorstand erhältlich.

[martin]

Politisch gewollt!

Darmstadt in der Schuldenfalle

Die Finanzen der Kommunen und Städte befinden sich im freien Fall. Die Auswirkungen der weltweiten kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Gemeinden inzwischen mit voller Wucht erfasst und tiefe Spuren in den kommunalen Haushalten hinterlassen. Die Einkünfte aus der Gewerbesteuer, immer noch die wichtigste kommunale Einnahmequelle, sind im letzten Jahr bundesweit im Durchschnitt um 20 Prozent eingebrochen.

Laut statistischem Bundesamt mussten die Kommunen ein Defizit von 7,1 Milliarden Euro verzeichnen. Der Stand der kurzfristigen Kassenkredite stieg von 29,7 auf gut 35 Milliarden Euro. Diese Kassenkredite, ursprünglich als eine Form von kurzfristigem Überziehungskredit der Städte gedacht, werden inzwischen dazu genutzt einen Großteil der laufenden Ausgaben der Kommunen zu finanzieren.

Gleichzeitig sinken durch steigende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und wachsenden Niedriglohnsektor die Einnahmen aus der Einkommenssteuer und damit der Anteil der Kommunen bei gleichzeitig explodierenden Sozialausgaben der Städte.

Auch um Darmstadt macht diese Entwicklung keinen Bogen. 20 Millionen Euro weniger bei den Gewerbesteuereinnahmen, der Anteil an der Einkommensteuer ist um zehn Prozent auf 62,5 Millionen Euro gesunken. 632 Millionen Euro Schulden hat die Stadt Darmstadt – Hauptnutznieser sind die Banken. Die oben erwähnten Kassenkredite belaufen sich auf 175 Millionen Euro – zwölfmal soviel wie im Jahr 2001.

Sparen um jeden Preis?

Die Stadtoberen in Darmstadt reagieren mit Sparankündigungen. Die Verabschiedung des Haushaltes 2010 in die Stadtverordnetenversammlung – ursprünglich für Dezember 2009 vorgesehen – wurde auf Mai 2010 vertagt. Gespräche mit dem Regierungspräsidenten als kommunale Aufsichtsbehörde wurden geführt. OB Walter Hoffmann lies verlautbaren, dass es Sparmaßnahmen ohne "*das es einer merkt*" nicht geben werde.

Vorbereitet werden die Einsparungen durch die Berichterstattung in der örtlichen Presse. Mehrfach wurde in Vergangenheit von den Echo-Redakteuren Pleines und Görg "*schmerzhafte Einschnitte*" angemahnt, ohne die es nicht ginge. Hier wird wie überall die Illusion genährt, Darmstadt könne sich quasi am eigen Zopf aus dem Sumpf ziehen. Erstes Sparziel sind die so genannten "freiwilligen Leistungen" – obwohl selbst die Streichung aller Zuschüsse die Haushaltslage kaum verbessern dürfte. Allein die Neuverschuldung – in Darmstadt ca. 18 Millionen Euro, frisst diesen Effekt wieder auf. Auch die sogenannten freiwilligen Leistungen gehören unserer Meinung nach zu den Pflichtaufgaben der Kommunen. Bei Leuchtturmprojekten und Events für die Reichen wird dagegen nicht gespart. Siehe Darmstadtium und andere Prestigeobjekte.

Politisch gewollt

Die Bundesregierung und die Landesregierungen verletzen immer dreister das Konnexitätsprinzip, wonach derjenige, der eine Leistung bestellt, auch dafür die finanziellen Mittel bereitstellen muss. Hier zeigt sich, dass die dramatische Verschuldung der Kommunen von den Verantwortlichen im Bund und den Ländern politisch so gewollt ist. Es liegt nicht an einer mangelnden Überzeugungsarbeit von Kommunalpolitikern gegenüber der Bundes- und Landesebene. Die Abwälzung finanzieller Lasten auf die kommunale Ebene ist Bestandteil der gesamten Umverteilung von unten nach oben. Ziel dieser Politik ist es den Handlungsdruck auf die Städte immer weiter zu erhöhen, damit möglichst auch noch die letzte kommunale Dienstleistung privatisiert wird. Es ist eine Form des Klassenkampfes der Herrschenden, den Bürgern wird es jedoch als "Sachzwang" verkauft.

Die Kommune als Konzern

Die Städte und Gemeinden, in denen über zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen entschieden wird, sollen immer stärker der kapitalistischen Profitlogik und dem Gewinnstreben von Finanzinvestoren unterworfen werden. Dazu ist die Überschuldung der Gemeinden eine unabdingbare Voraussetzung, damit Kommunalpolitiker unter Handlungsdruck geraten und sich den angeblichen "Sachzwängen" nach Privatisierung öffnen. Erleichtert wird dies auch durch die Einführung der Doppik beziehungsweise des NKF, des Neuen Kommunalen Finanzmanagement. Indem die Kommune mit einer Bilanz wie ein Konzern geführt wird, verstehen sich die Bürgermeister selber auch als Vorstandsvorsitzende des "Konzern Stadt" und handeln immer mehr danach.

weiter S. 9

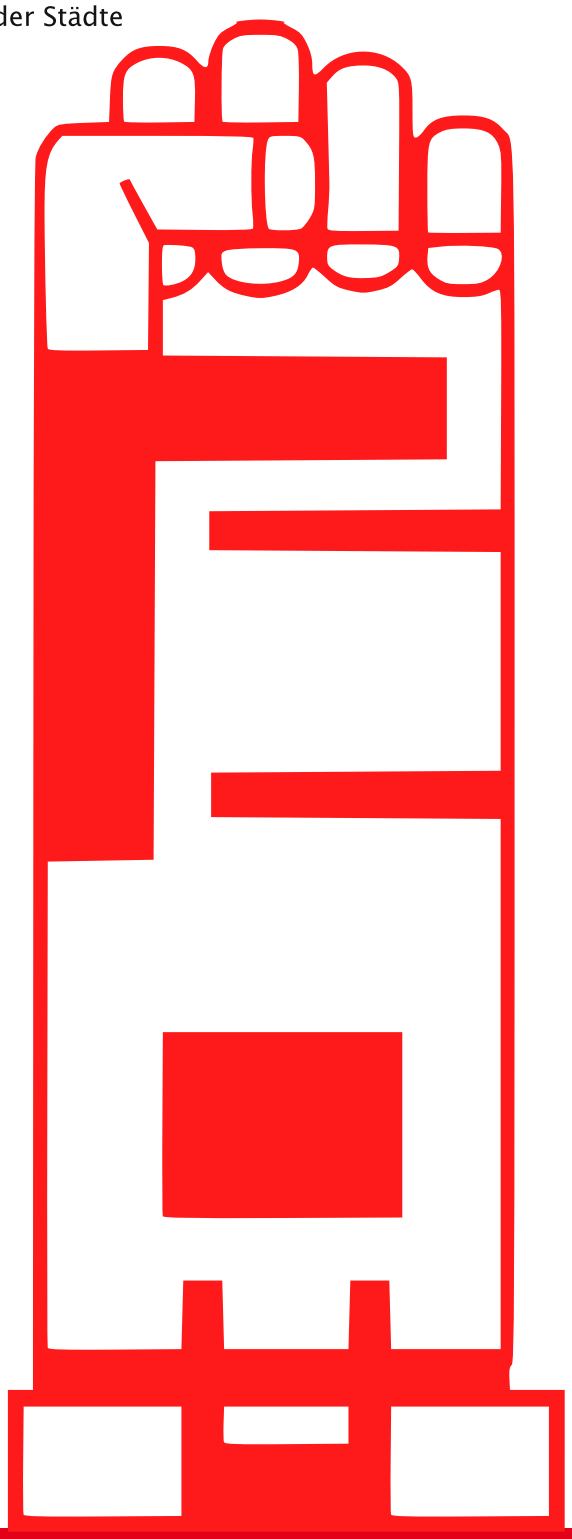
Fortsetzung: Politisch gewollt! Darmstadt in der Schuldenfalle.

Die eigentliche Aufgabe, einer kostenfreien Daseinsvorsorge für die Menschen gerät so völlig aus dem Blickfeld und ist auch nicht mehr gewollt.
Der DGB und andere Organisationen fordern einen Entschuldungsfonds. Alle Kassenkredite sollen in diesen Fonds übertragen werden, nach zehn Jahren wandern die Restschulden wieder an die Kommunen zurück. Bestandteil dieser Forderung ist, dass die Städte begleitend eigene radikale Haushaltssicherungskonzepte aufstellen, Theater, Schwimmbäder, Büchereien usw. schließen. Spätestens nach fünf Jahren muss ein Primärsaldoausgleich erfolgen, d. h. alle Ausgaben müssen durch die Einnahmen gedeckt werden. Dies ist unserer Ansicht nach der falsche Weg und hätte nur bei einer besseren Finanzausstattung der Städte und Gemeinden Aussicht auf Erfolg. Notwendig ist eine Streichung der Schulden von Städten und Kommunen zu Lasten der Banken und Finanzhaie.

Alternativen der DKP
Die Verschuldung der Städte wird noch zahlreiche Vorschläge hervorbringen, wie die Lasten auf die Bürger abgewälzt werden.
Kernfrage der Kommunalpolitik in den nächsten Jahren wird die Lösung der Überschuldung der Gemeinden sein.

Unsere Forderungen:
- Streichung aller kommunalen Schulden zu Lasten der Banken!
- Höhere Besteuerung der Reichen und Konzerne!
- Beendigung der Umverteilung von unten nach oben durch die Finanzpolitik von Bund und Land!
- Einhaltung des Konnexitätsprinzips!
- Hartz IV muss weg!
- Sozialtarife für Energie und den ÖPNV!
- Keine Privatisierung kommunaler Einrichtungen und Leistungen!
- Kaputtsparen der Städte und Gemeinden stoppen!
- Kommunales Infrastrukturprogramm durch Bund und Länder in Höhe von 100 Milliarden €.
- Entwicklung breiter örtlicher Kultur- und Sozialbündnisse!
- **Rüstungsausgaben streichen!**
- **Raus aus Afghanistan!**

[rainer]



Ein Scherflein für die Banken

Neues aus Absurdistan

Man stelle sich mal vor, in der Familie gebe es einen Spielsüchtigen, und der hat auch noch das meiste Geld. Und der verzockt es im Kasino von Baden-Baden und will dann von uns unterstützt werden. Und wir sind so blöd und zerschlagen das Sparschwein, tragen ihm unser Scherflein hinterher.
Genau das passiert bei der Bankenrettung. Wer blickt schon durch, wie viel unseren Staat die Bankenrettung gekostet hat: Knapp 50 Milliarden tatsächlich, noch einmal 212 Mrd. an Bürgschaften? Oder waren es noch mehr? Und weil der Bund das Geld braucht, nimmt er es den Ländern weg. Und die nehmen es den Städten und Gemeinden weg. Und die Stadt Darmstadt verlangt nun 10 € für den Bibliotheksausweis. Und sie hat kein Geld mehr für Schulsanierung und Vereine, für Schwimmbäder und Gehwege.
Und während die Deutsche Bank ihre riskanten Beteiligungen los ist, bedient sich Josef Ackermann mal wieder, weil er Gewinn nachweisen kann. Dabei gründet die Bankenrettung eigentlich auf Insolvenzverschleppung, in Tateinheit mit politischer Erpressung der Bundesrepublik und anderen Staaten. Neoliberale haben nach dem Staat geschrieen, als die Not am größten war. Damit haben sie ihre Vollkasko-Mentalität gezeigt: Risiko für andere, Gewinne für sich.
Dabei haben die Zocker für die global umherschwappenden Billionen ihre Gewinne eingesetzt. Während die BILD-Zeitung Benzin-Wut entfacht, verschweigt sie, dass es internationale Konzerne sind, die durch Termingeschäfte den Rohölpreis hochgetrieben haben. Überhaupt die Verdummungsindustrie, von denen erfahren wir überhaupt nicht, wie viel es schon gekostet hat und noch kosten wird.
Keine Macht den Controllern !
Städte und Gemeinden haben die doppelte Buchführung neu erfunden. Dies tat zwar auch schon ein italienischer Franziskanerpater zu Zeiten der Hochrenaissance, aber immerhin. Das geschieht so gründlich, dass es in der Bundesrepublik schon nach 30 verschiedenen Systemen eingeführt wird. Und während der ‚doppische Haushalt' bei den Verantwortlichen Stress erzeugt, Millionen kostet, Beraterfirmen fett nährt, ist besserer Durchblick für die Bürger in weiter Ferne.
Immerhin wissen wir nun, vielmehr könnten wir wissen, was unser Gemeinwesen wert ist. Jede Schlange im Vivarium, jeder Baum und jeder Kanaldeckel sind erfasst und ihr Zeitwert geschätzt. Das einzig Gute: Wertverfall geht in den Haushalt ein als Vermögensverlust. Aber was lässt sich mit dieser Botschaft anfangen, wenn es an ‚Bimbes' fehlt?
Mit der ‚Doppik' rechnet sich unsere Stadt ärmer als ihr durch Wachstumsbeschleunigungsgesetz, Steuerentlastung für Unternehmen und steigende Sozialkosten ohnehin schon aus der Tasche gezogen wurde. Dies zu beklagen leitet nun Wasser auf die Mühlen ausgerechnet derer, die diesen Zustand herbeigeführt haben. Wenn sich durch Abschreibungen, durch steigende Lasten immer höhere Fehlbeträge auftürmen, dann gebe es nur einen Weg: Verzicht auf ‚freiwillige' Leistungen und die Privatisierung, Gebührenerhöhungen und Bezahlung unter Tarif. Auch in Darmstadt hat dieser Prozess längst eingesetzt: Weite Teile der Stadtwirtschaft sind bereits privatisiert, zuletzt wurde das Klinikum eine GmbH, und kein Stadtverordneter hat dort mehr dreinzureden.
Wo das Kommunalrecht noch von den Aufgaben der Daseinsvorsorge spricht, kennt die ‚Doppik' nur noch Produkte. Die Stadt ist ein Dienstleistungsunternehmen mit Kostenstellen und jedes ‚Produkt' hat seinen Preis, der durch ‚Benchmarking' sich mit anderen Städten vergleichen lässt. Und wie in jeder „anständigen" Firma geht es ums Einsparen: ‚Outsourcing' ist billiger, weil Putzleute dann nicht mehr öffentlichen Tarif bekommen (ist aber schon längst passiert), kulturelle Leistungen werden gestrichen, weil sie doppelt existieren (ein Orchester muss genügen), ‚freiwillige' Leistungen werden schon aus Prinzip gestrichen.
Ausgerechnet der hessische Finanzminister Weimar, der auch durch den Kauf des Erbacher Schlosses von der Grafenfamilie Aufsehen erregte, meint: „Nur eine ehrlich bilanzierende Budgetführung, die dem Prinzip der Haushaltsklarheit und -wahrheit entspricht, versetzt das Land in die Lage, schonend mit den anvertrauten Ressourcen umzugehen." Es passt ins Bild, dass die hessischen Regierungsparteien vor wenigen Tagen das Informations-Freiheitsgesetz gekippt haben. Das hätte jedem Bürger das Recht auf Information gegeben.
Und es lässt sich schon absehen, was außer Transparenz auf der Strecke bleibt, wenn Controlling die Macht bekommt: die kommunale Selbstverwaltung.

weiter S. 11

Roter Bildungsurlaub 2010

Klenci/Capartice (Tschechische Republik)
03.-06. Juni 2010

Unser Roter Bildungsurlaub führt uns dieses Jahr in die Tschechische Republik nach Capartice in der Nähe der Stadt Klenci.

Untergebracht sind wir in einem Ferienobjekt des Sportvereines Spartac Klenci. Das Haus kann von maximal 34 Personen genutzt werden. Wir werden uns selbst verpflegen und gemeinsam kochen.

Das genaue Programm wird dann mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern besprochen und vorbereitet. Mögliche Programmpunkte sind:

- Gespräche mit Genossinnen und Genossen der KSCM und des Jugendverbandes KSM
- Besuch der Städte Domazlice und Plzen
- Wanderung
- Besuch im nahegelegenen Schwimmbad

Anreise: Donnerstag, den 3. Juni bis 15 Uhr
Abreise: Sonntag, den 6. Juni nach dem Mittagessen
Kosten:

100 Euro für Normalverdiener und Jugendliche ab 18 Jahre
50 Euro ermässigt
Kinder frei

Anmeldung bei Rainer Keil, Tel.: 0160-90244774 oder per mail unter info@dkp-darmstadt.de

Fortsetzung: Ein Scherflein für die Banken

Chip statt Personalausweis?

Wie Verdummung funktioniert, beweist das Gesetz über das Verfahren des elektronischen Entgeltnachweises, kurz ELENA genannt. Das Gesetz gibt es längst und es ist im Januar dieses Jahres in Kraft getreten. Aber nicht hierüber wurde lang und breit berichtet, sondern über die „Nacktscanner“. Dabei wird der Bürger mit ELENA nackter dargestellt, als jene Geräte es vermöchten.

Der Arbeitnehmer bekommt von seiner Firma ein Schreiben: „Wir sind seit 1. Januar 2010 gesetzlich verpflichtet, monatlich die in Ihrer Entgeltabrechnung enthaltenen Daten im Rahmen des Verfahrens ELENA an die Zentrale Speicherstelle zu übermitteln". Er denkt sich nichts dabei, dabei ist er hiermit eines Stück seiner Selbstbestimmung beraubt worden. Was als „Effizienz statt Bürokratie“ daherkommt, ist in Wahrheit die entfesselte Sammelwut von Bürokraten. Dass Beschäftigungszeiten und Verdienst elektronisch an die Krankenkasse und an das Finanzamt gehen, ist nicht zu beanstanden. Aber warum Abmahnungen, Kündigungsgründe aus Sicht der Arbeitgebers und sogar die Beteiligung an Streiks? Die Gewerkschaft Ver.di und andere wollen gegen ELENA gerichtlich vorgehen.

Datenschützer laufen genau so gegen ein anderes Trojanisches Pferd der Ausspäher Sturm: die Elektronische Gesundheitskarte. Sie soll an die Stelle der Versichertenkarte traten, Chip und Lichtbild erhalten und viel mehr speichern. Elektronische Rezepte, medizinische Daten für die Notfallversorgung, aber auch Zugang erlauben zum sogenannten elektronischen Arztbrief, Daten über in Anspruch genommene Leistungen und deren vorläufige Kosten für die Versicherten!

Was dann noch fehlt, ist der unter die Haut gepflanzte Chip.

[werner]

Mitgliederversammlungen der Gruppe Darmstadt/Dieburg/Bergstraße

Montag, 17. Mai, 19.3o Uhr
Dienstag, 29. Juni, 19.3o Uhr
Dienstag, 27. Juli, 19.3o Uhr
Dienstag, 31. August, 19.3o Uhr
Dienstag, 28. September, 19.3o Uhr
Dienstag, 26. Oktober, 19.3o Uhr
Dienstag, 30. November, 19.3o Uhr
Dienstag, 21. Dezember, 19.3o Uhr

Jeweils im Links-Treff Georg Fröba
Landgraf-Philipps-Anlage 32
(neben dem DGB-Haus Rheinstraße)

Bildungsabend

Montag, 21. Juni, 19.3o Uhr
Montag, 20. September, 19.3o Uhr
Montag, 13. Dezember, 19.3o Uhr
Die Veranstaltungen finden in der Regel im Links Treff Georg Fröba statt.
Die aktuellen Themen finden Sie im Internet unter
http://www.dkp-darmstadt.de

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Jetzt 10 Wochen testen!

☐ Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung "Unsere Zeit" für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
☐ An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo (bzw. mit einer Spende in Höhe von ..... Euro.)

Name
Telefon
Straße
PLZ / Ort

UZ
Che würde UZ lesen !

CommPress Verlag GmbH * Hoffnungstraße 1 * 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 * www.unsere-zeit.de